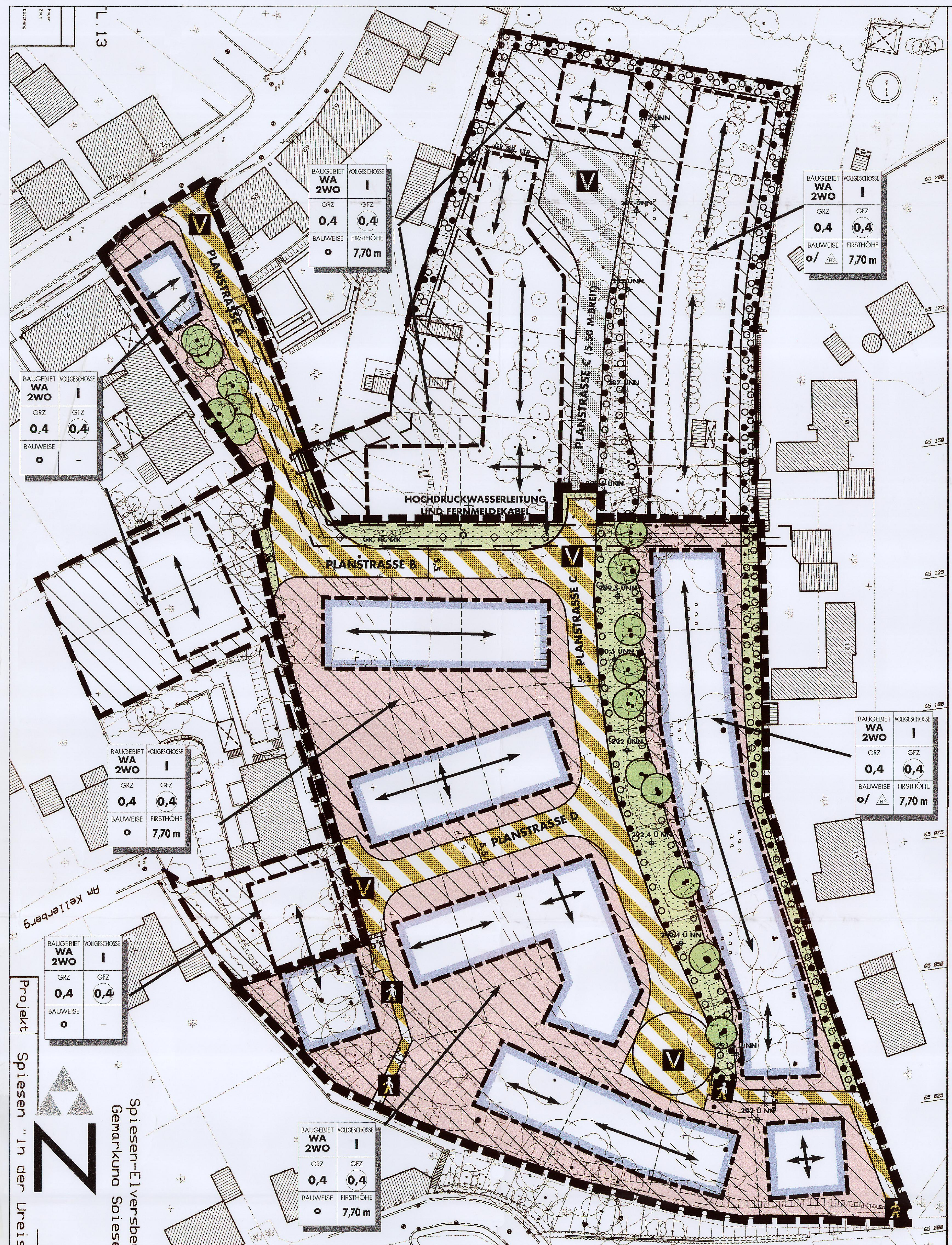


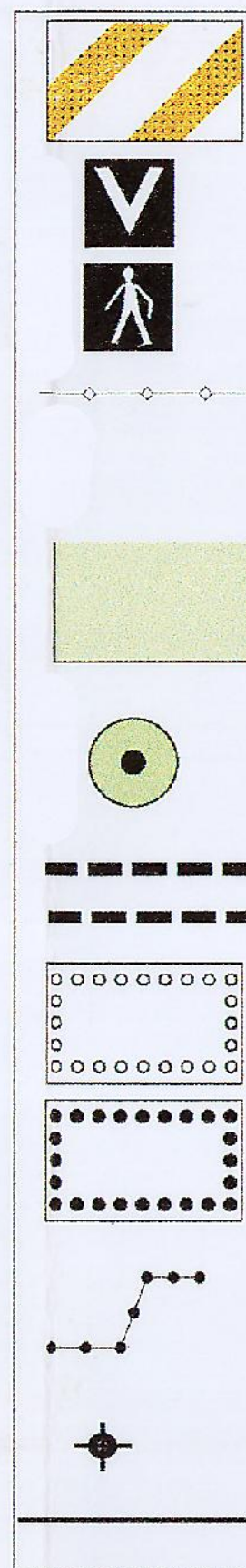
TEIL A: PLANZEICHNUNG



PLANZEICHENERLÄUTERUNG

(NACH BAUGB IN VERBINDUNG MIT BAUNVO UND PLANZV 1990)

	GELTUNGSBEREICH (§ 9 ABS. 1 NR. 1 BAUGB)
	GRZ 0,4
	GFZ 0,4
	ZAHLE DER VOLLGESCHOSSE ALS HOCHTRASS (§ 9 ABS. 1 NR. 1 BAUGB UND § 20 ABS. 1 BAUNVO)
	7,70 m
	HOHE DER BAULICHEN ANLAGE, HIER: MAX. FIRSHÖHE (§ 9 ABS. 1 NR. 1 BAUGB UND § 18 BAUNVO)
	OFFENE BAUWEISE (§ 9 ABS. 1 NR. 2 BAUGB U. § 22 ABS. 2 BAUNVO)
	NUR EINZEL- UND DOPPELHÄUSER ZULÄSSIG (§ 9 ABS. 1 NR. 2 BAUGB U. § 22 ABS. 2 BAUNVO)
	FRÜSTRICHTRUNG (§ 9 ABS. 1 NR. 2 BAUGB)
	BESCHRÄNKUNG DER ZAHLE DER WOHNUNGEN IN WOHNGBÄUDEN (§ 9 ABS. 1 NR. 2 BAUGB)
	BAUGRENZE (§ 9 ABS. 1 NR. 2 BAUGB U. § 23 ABS. 3 BAUNVO)



VERKEHRSEBENHÖRIGER BESONDERER
ZWECKBESTIMMUNG
(§ 9 ABS. 1 NR. 11 BAUGB)

VERKEHRSEBENHÖRIGER BEREICH

FUSS- UND RADWEGE

HOCHDRUCKWASSERLEITUNG DN 500
FERNMELDEKABEL
(§ 9 ABS. 1 NR. 13 BAUGB)

ÖFFENTLICHE (O) UND PRIVATE (P) GRÜNFLÄCHEN
(§ 9 ABS. 1 NR. 15 BAUGB)

ERHALTUNG VON BÄUMEN
(§ 9 ABS. 1 NR. 25 BAUGB)

MIT GEH-, FAHR-, UND LEITUNGSRECHTEN ZU
BELASTENDE FLÄCHEN
(§ 9 ABS. 1 NR. 21 UND 6 BAUGB)

FLÄCHEN ZUM ANPFLANZEN VON BÄUMEN,
STRÄUCHERN UND SONSTIGEN BEPFLANZUNGEN
(§ 9 ABS. 1 NR. 25A BAUGB)

FLÄCHEN MIT BINDUNGEN FÜR BEPFLANZUN-
GEN UND FÜR DIE ERHALTUNG VON BÄUMEN,
STRÄUCHERN UND SONSTIGEN BEPFLANZUNGEN
(§ 9 ABS. 1 NR. 25B BAUGB)

ABGRENZUNG DES MASSES DER NUTZUNG
INNERHALB EINES BAUGEBIETES
(§ 1 ABS. 4 § 16 ABS. 3 BAUNVO)

HÖHENBEZUGSPUNKT (ANGABEN METER ÜNN)

FLURSTÜCKSGRENZEN BESTAND

FLURSTÜCKSGRENZEN VORSCHLAG

TEIL B: TEXTTEIL

FESTSETZUNGEN GEM. § 9 BAUGB I.V.M. BAUNVO

1. ART DER BAULICHEN NUTZUNG

GEM. § 9 ABS. 1 NR. 1 BAUGB

1.1 Baugebiet WA

1.1.1 zulässige Arten von Nutzungen

Allgemeines Wohngebiet, gem. § 4 BauNVO
siehe Plan

gem. § 4 Abs. 2 BauNVO

- Wohngebäude
- die der Versorgung des Gebietes dienenden Läden, Schank- und Speisewirtschaften sowie nicht störenden Handwerksbetriebe
- Anlagen für kulturelle, kulturelle, soziale und gesundheitliche Zwecke.

gemäß § 4 Abs. 3 BauNVO

- Betriebe des Beherbergungsgewerbes
- sonstige nicht störende Gewerbebetriebe

Als nicht zulässige Nutzungen werden:

- gem. § 1 Abs. 5 BauNVO Anlagen für sportliche Zwecke ausgeschlossen
- gem. § 1 Abs. 6 Nr. 1 BauNVO Anlagen für Verwaltungen, Gartenbaubetriebe und Tankstellen, die gem. § 4 Abs. 3 BauNVO ausnahmsweise zulässig sind, nicht Bestandteil des Bebauungsplanes.

2. Maß der baulichen Nutzung

GEM. § 9 ABS. 1 NR. 2 BAUGB

2.1 Grundflächenzahl

gem. §§ 16, 17 und 19 Abs. 1 BauNVO, siehe Plan
hier: 0,4 im WA

2.2 Geschossflächenzahl

gem. §§ 16 und 20 Abs. 2 BauNVO, siehe Plan
hier: 0,4 im WA

2.3 Zahl der Vollgeschosse

gem. § 20 Abs. 1 BauNVO, siehe Plan
hier: ein Vollgeschoss

2.4 Höhe baulicher Anlagen

gem. § 18 BauNVO, siehe Plan
hier: max. Firshöhe

Die maximale Firshöhe wird auf 7,70 m festgesetzt.
Als Bezugspunkte gelten:

- im östlichen Plangebiet (östlich der Planstraße C): die durch Planschrieb gekennzeichnete natürliche Geländeoberfläche an der straßenseitigen Baugrenze. Auf den Grundstücken mit festgesetzter natürlicher Geländeoberfläche sind Abgrabungen bis zu einer Tiefe von 1,00 m zulässig.
- im restlichen Plangebiet: die Oberkante des fertigen Straßenbelages der dem Gebäude zugeordneten Erschließungsstraße, gemessen an der straßenseitigen Gebäudemitte.

3. Bauweise

GEM. § 9 ABS. 1 NR. 2 BAUGB

siehe Plan,
im gesamten Planungsbereich wird eine offene Bauweise gem. § 22 Abs. 2 BauNVO festgesetzt.
Im Bereich östlich der Planstraße C sind nur Einzel- und Doppelhäuser zulässig.

4. Überbaubare und nicht überbaubare Grundstücksflächen

GEM. § 9 ABS. 1 NR. 2 BAUGB

siehe Plan,
hier: Baugrenzen gem. § 23 Abs. 3 BauNVO.
Garagen und Carports sind zwischen den Planstraßen B und D sowie südlich der Planstraßen C und D nur innerhalb der überbaubaren Flächen zulässig.

Westlich der Planstraßen A und D sowie östlich der Planstraße C sind Garagen und Carports auch ausnahmsweise außerhalb der überbaubaren Grundstücksfläche zulässig.

Stellplätze, Zufahrten sowie Nebenanlagen sind grundsätzlich im gesamten Planungsbereich auch außerhalb der überbaubaren Grundstücksfläche zulässig.

5. Stellung der baulichen Anlagen

GEM. § 9 ABS. 1 NR. 2 BAUGB

siehe Plan,
hier: Hauptstrichtrung

6. Flächen für Stellplätze und Garagen

GEM. § 9 ABS. 1 NR. 4 BAUGB

gem. § 12 Abs. 6 BauNVO wird festgesetzt, daß:

- Garagen und Carports sind zwischen den Planstraßen B und D sowie südlich der Planstraßen C und D nur innerhalb der überbaubaren Flächen zulässig.

- Westlich der Planstraßen A und D sowie östlich der Planstraße C Garagen und Carports auch ausnahmsweise außerhalb der überbaubaren Grundstücksfläche zulässig sind.

- Stellplätze, Zufahrten sowie Nebenanlagen sind grundsätzlich im gesamten Planungsbereich auch außerhalb der überbaubaren Grundstücksfläche zulässig sind.

Pro Wohninheit sind mind. 1,5 Stellplätze auf dem jeweiligen privaten Grundstück herzustellen.

7. Höchstzulässige Zahl der Wohnungen in Wohngebäuden

GEM. § 9 ABS. 1 NR. 6 BAUGB

siehe Plan,
hier: max. 2 Wohnungen pro Wohngebäude

8. Verkehrsmittel besonderer Zweckstimmung

GEM. § 9 ABS. 1 NR. 11 BAUGB

siehe Plan,
hier: Erschließungsstraßen: Die internen Erschließungsstraßen werden als Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung, hier: verkehrsberuhigter Bereich festgesetzt. Der Ausbau hat als niveaugleiche Mischfläche zu erfolgen. Die Straßenbreite wird in allen Straßen (Planstraße A, B, C, D) auf 5,50 m festgesetzt.

9. Führung von Versorgungsanlagen und -leitungen

GEM. § 9 ABS. 1 NR. 13 BAUGB

siehe Plan,
hier: Wasser-Hochdruckleitung DN 500 der Saarbergwerke AG Fernmeldekabel

10. Öffentliche und Private Grünflächen

GEM. § 9 ABS. 1 NR. 15 BAUGB

hier: ruhender Verkehr: Im öffentlichen Straßenraum der Erschließungsstraßen sind Flächen für den ruhenden Verkehr zulässig.

hier: Fuß- und Radwege: Im südlichen und westlichen Teil des Planungsbereiches werden Fuß- und Radwege als Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung festgesetzt. Die Ausbaubreite der Fuß- und Radwege beträgt 2,50 m.

hier: Fuß- und Radwege: Im südlichen und westlichen Teil des Planungsbereiches werden Fuß- und Radwege als Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung festgesetzt. Die Ausbaubreite der Fuß- und Radwege beträgt 2,50 m.

hier: Fuß- und Radwege: Im südlichen und westlichen Teil des Planungsbereiches werden Fuß- und Radwege als Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung festgesetzt. Die Ausbaubreite der Fuß- und Radwege beträgt 2,50 m.

siehe Plan,
hier: Wasser-Hochdruckleitung DN 500 der Saarbergwerke AG Fernmeldekabel

siehe Plan,
hier: die öffentlichen Grünflächen sind mit einem Landschaftsrahmen der Saatgutumschlingung RSM 7.1.2 - Standard mit Kräutern einzusäen und zweimal pro Jahr zu mähen

auf den gem. § 9 Abs. 1 Nr. 25 a u. b BauGB festgesetzten Flächen sind die bestehenden Gehölze zum Zwecke der Minimierung des Eingriffes zu erhalten und zu ergänzen.

im östlichen Plangebiet, direkt an die Planstraße C anschließend, ist innerhalb der Fläche die Anlage von Garagen, Carports und Stellplätzen zulässig. Die festgesetzten Einzelbäume sind dabei zu berücksichtigen.

11. Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft

GEM. § 9 ABS. 1 NR. 20 BAUGB
IN ANWENDUNG DES § 8 BNATSCHG

- Alle Stellplätze auf den privaten Grundstücken und deren Zufahrten im Planungsbereich sowie die Fuß- und Radwege sind aus Gründen der Grundwassererneuerung gem. § 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB wasserdurchlässig zu befestigen.

siehe Plan,
hier: Geh-, Fahr- und Leitungsrecht zugunsten der Erschließungsträger (Saarbergwerke AG Wasserleitung)

12. Mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zugunsten der Allgemeinheit, eines Erschließungsträgers oder eines beschränkten Personenkreises zu befestigenden Flächen

GEM. § 9 ABS. 1 NR. 21 BAUGB

13. Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen, Bindungen für Bepflanzungen

GEM. § 9 ABS. 1 NR. 25 A UND B BAUGB
IN ANWENDUNG DES § 8 BNATSCHG

siehe Plan,
hier: die öffentlichen Grünflächen sind mit einem Landschaftsrahmen der Saatgutumschlingung RSM 7.1.2 - Standard mit Kräutern einzusäen und zweimal pro Jahr zu mähen

auf den gem. § 9 Abs. 1 Nr. 25 a u. b BauGB festgesetzten Flächen sind die bestehenden Gehölze zum Zwecke der Minimierung des Eingriffes zu erhalten und zu ergänzen.

im östlichen Plangebiet, direkt an die Planstraße C anschließend, ist innerhalb der Fläche die Anlage von Garagen, Carports und Stellplätzen zulässig. Die festgesetzten Einzelbäume sind dabei zu berücksichtigen.

im östlichen Plangebiet sind zur besseren Einpassung des Plangebietes auf den hierfür vorgesehenen Flächen vorhandenen Feldgehölze zu erhalten und zu ergänzen. Auf diese Art und Weise sind dichte Feldgehölzstrukturen (Roster 1,50 m x 1,50 m) zu entwickeln. Zur möglichst naturnahen Ausprägung der Hecke sind alle 10 m in die Hecke ein Baum zu integrieren.

östlich der Planstraße C sind auf der festgesetzten Fläche die bestehenden Gehölze zu erhalten, die Errichtung von Garagen, Carports und Stellplätzen ist zulässig. Ausfälle infolge der Anlage von benötigten Garagen, Carports und Stellplätzen sind auf dem Grundstück jeweils durch die Pflanzung eines standortgerechten Laubbauums (SU 12 - 14 cm) zu ersetzen.

die in der Planzeichnung festgesetzten Bäume sind dauerhaft zu erhalten.

für die Pflanzungen sind Bäume und Sträucher sowie ein Obstsorten der nachfolgenden Planliste zu verwenden:

Feldahorn
Birk
Hortensie
Rosa
Edelkastanie
Vogelkirsche
Winterlinde
Hundsrose
Walnuß
Stieleiche
Gem. Schneeball

Bergahorn
Hainbuche
Hose
Edelkastanie
Schw. Holunder
Winterlinde
Spitzahorn
Traubeneiche
Traubeneiche
Stieleiche
einh. Obstsorten

erfolgte Anpflanzungen unterliegen der Bindung gem. § 9 Abs. 1 Nr. 25 b BauGB.

14. Flächen oder Maßnahmen zum Ausgleich

GEM. § 9 ABS. 1 NR. 25 A UND B BAUGB
IN ANWENDUNG DES § 8 BNATSCHG

Zum ökologischen Ausgleich wird außerhalb des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes, auf der Parzelle 29/32 in Flur 17 der Gemarkung Spiesen (Hockenborner Drift) folgende Maßnahme durchgeführt:

Schaffung eines Waldrandes durch Anpflanzen typischer Waldrandgehölze in einem Pflanzabstand von 2,0 x 2,0 m.

Die Kosten für diese Ausgleichsmaßnahme werden den Eigentümer der Parzelle 29/32 in Flur 17 der Gemarkung Spiesen (Hockenborner Drift) folgende Maßnahme durchgeführt:

Die Kosten für diese Ausgleichsmaßnahme werden den Eigentümer der Parzelle 29/32 in Flur 17 der Gemarkung Spiesen (Hockenborner Drift) folgende Maßnahme durchgeführt:

Die Kosten für diese Ausgleichsmaßnahme werden den Eigentümer der Parzelle 29/32 in Flur 17 der Gemarkung Spiesen (Hockenborner Drift) folgende Maßnahme durchgeführt:

Die Kosten für diese Ausgleichsmaßnahme werden den Eigentümer der Parzelle 29/32 in Flur 17 der Gemarkung Spiesen (Hockenborner Drift) folgende Maßnahme durchgeführt:

Die Kosten für diese Ausgleichsmaßnahme werden den Eigentümer der Parzelle 29/32 in Flur 17 der Gemarkung Spiesen (Hockenborner Drift) folgende Maßnahme durchgeführt:

Die Kosten für diese Ausgleichsmaßnahme werden den Eigentümer der Parzelle 29/32 in Flur 17 der Gemarkung Spiesen (Hockenborner Drift) folgende Maßnahme durchgeführt:

Die Kosten für diese Ausgleichsmaßnahme werden den Eigentümer der Parzelle 29/32 in Flur 17 der Gemarkung Spiesen (Hockenborner Drift) folgende Maßnahme durchgeführt:

Die Kosten für diese Ausgleichsmaßnahme werden den Eigentümer der Parzelle 29/32 in Flur 17 der Gemarkung Spiesen (Hockenborner Drift) folgende Maßnahme durchgeführt:

Die Kosten für diese Ausgleichsmaßnahme werden den Eigentümer der Parzelle 29/32 in Flur 17 der Gemarkung Spiesen (Hockenborner Drift) folgende Maßnahme durchgeführt:

Die Kosten für diese Ausgleichsmaßnahme werden den Eigentümer der Parzelle 29/32 in Flur 17 der Gemarkung Spiesen (Hockenborner Drift) folgende Maßnahme durchgeführt:

Die Kosten für diese Ausgleichsmaßnahme werden den Eigentümer der Parzelle 29/32 in Flur 17 der Gemarkung Spiesen (Hockenborner Drift) folgende Maßnahme durchgeführt:

Die Kosten für diese Ausgleichsmaßnahme werden den Eigentümer der Parzelle 29/32 in Flur 17 der Gemarkung Spiesen (Hockenborner Drift) folgende Maßnahme durchgeführt:

Die Kosten für diese Ausgleichsmaßnahme werden den Eigentümer der Parzelle 29/32 in Flur 17 der Gemarkung Spiesen (Hockenborner Drift) folgende Maßnahme durchgeführt:

Die Kosten für diese Ausgleichsmaßnahme werden den Eigentümer der Parzelle 29/32 in Flur 17 der Gemarkung Spiesen (Hockenborner Drift) folgende Maßnahme durchgeführt:

Die Kosten für diese Ausgleichsmaßnahme werden den Eigentümer der Parzelle 29/32 in Flur 17 der Gemarkung Spiesen (Hockenborner Drift) folgende Maßnahme durchgeführt:

Die Kosten für diese Ausgleichsmaßnahme werden den Eigentümer der Parzelle 29/32 in Flur 17 der Gemarkung Spiesen (Hockenborner Drift) folgende Maßnahme durchgeführt:

Die Kosten für diese Ausgleichsmaßnahme werden den Eigentümer der Parzelle 29/32 in Flur 17 der Gemarkung Spiesen (Hockenborner Drift) folgende Maßnahme durchgeführt:

Die Kosten für diese Ausgleichsmaßnahme werden den Eigentümer der Parzelle 29/32 in Flur 17 der Gemarkung Spiesen (Hockenborner Drift) folgende Maßnahme durchgeführt:

Die Kosten für diese Ausgleichsmaßnahme werden den Eigentümer der Parzelle 29/32 in Flur 17 der Gemarkung Spiesen (Hockenborner Drift) folgende Maßnahme durchgeführt:

Die Kosten für diese Ausgleichsmaßnahme werden den Eigentümer der Parzelle 29/32 in Flur 17 der Gemarkung Spiesen (Hockenborner Drift) folgende Maßnahme durchgeführt:

Die Kosten für diese Ausgleichsmaßnahme werden den Eigentümer der Parzelle 29/32 in Flur 17 der Gemarkung Spiesen (Hockenborner Drift) folgende Maßnahme durchgeführt:

Die Kosten für diese Ausgleichsmaßnahme werden den Eigentümer der Parzelle 29/32 in Flur 17 der Gemarkung Spiesen (Hockenborner Drift) folgende Maßnahme durchgeführt:

Die Kosten für diese Ausgleichsmaßnahme werden den Eigentümer der Parzelle 29/32 in Flur 17 der Gemarkung Spiesen (Hockenborner Drift) folgende Maßnahme durchgeführt:

Die Kosten für diese Ausgleichsmaßnahme werden den Eigentümer der Parzelle 29/32 in Flur 17 der Gemarkung Spiesen (Hockenborner Drift) folgende Maßnahme durchgeführt:

Die Kosten für diese Ausgleichsmaßnahme werden den Eigentümer der Parzelle 29/32 in Flur 17 der Gemarkung Spiesen (Hockenborner Drift) folgende Maßnahme durchgeführt:

Die Kosten für diese Ausgleichsmaßnahme werden den Eigentümer der Parzelle 29/32 in Flur 17 der Gemarkung Spiesen (Hockenborner Drift) folgende Maßnahme durchgeführt:

Die Kosten für diese Ausgleichsmaßnahme werden den Eigentümer der Parzelle 29/32 in Flur 17 der Gemarkung Spiesen (Hockenborner Drift) folgende Maßnahme durchgeführt:

Die Kosten für diese Ausgleichsmaßnahme werden den Eigentümer der Parzelle 29/32 in Flur 17 der Gemarkung Spiesen (Hockenborner Drift) folgende Maßnahme durchgeführt:

Die Kosten für diese Ausgleichsmaßnahme werden den Eigentümer der Parzelle 29/32 in Flur 17 der Gemarkung Spiesen (Hockenborner Drift) folgende Maßnahme durchgeführt:

Die Kosten für diese Ausgleichsmaßnahme werden den Eigentümer der Parzelle 29/32 in Flur 17 der Gemarkung Spiesen (Hockenborner Drift) folgende Maßnahme durchgeführt:

Die Kosten für diese Ausgleichsmaßnahme werden den Eigentümer der Parzelle 29/32 in Flur 17 der Gemarkung Spiesen (Hockenborner Drift) folgende Maßnahme durchgeführt:

Die Kosten für diese Ausgleichsmaßnahme werden den Eigentümer der Parzelle 29/32 in Flur 17 der Gemarkung Spiesen (Hockenborner Drift) folgende Maßnahme durchgeführt:

Die Kosten für diese Ausgleichsmaßnahme werden den Eigentümer der Parzelle 29/32 in Flur 17 der Gemarkung Spiesen (Hockenborner Drift) folgende Maßnahme durchgeführt:

Die Kosten für diese Ausgleichsmaßnahme werden den Eigentümer der Parzelle 29/32 in Flur 17 der Gemarkung Spiesen (Hockenborner Drift) folgende Maßnahme durchgeführt:

Die Kosten für diese Ausgleichsmaßnahme werden den Eigentümer der Parzelle 29/32 in Flur 17 der Gemarkung Spiesen (Hockenborner Drift) folgende Maßnahme durchgeführt:

Die Kosten für diese Ausgleichsmaßnahme werden den Eigentümer der Parzelle 29/32 in Flur 17 der Gemarkung Spiesen (Hockenborner Drift) folgende Maßnahme durchgeführt:

Die Kosten für diese Ausgleichsmaßnahme werden den Eigentümer der Parzelle 29/32 in Flur 17 der Gemarkung Spiesen (Hockenborner Drift) folgende Maßnahme durchgeführt:

Die Kosten für diese Ausgleichsmaßnahme werden den Eigentümer der Parzelle 29/32 in Flur 17 der Gemarkung Spiesen (Hockenborner Drift) folgende Maßnahme durchgeführt:

Die Kosten für diese Ausgleichsmaßnahme werden den Eigentümer der Parzelle 29/32 in Flur 17 der Gemarkung Spiesen (Hockenborner Drift) folgende Maßnahme durchgeführt:

GESETZLICHE GRUNDLAGEN

Für die Verfahrensdurchführung und die Festsetzungen des Bebauungsplanes gelten u.a. folgende Gesetze und Verordnungen:

das Baugesetzbuch (BauGB) in der Bekanntmachung der Neufassung vom 27. August 1997 (BGBl. I S. 2141, ber. 1998 S. 137).

die BauNutzungsverordnung (BauNVO) in der Bekanntm., der Neufassung vom 23. Januar 1990 (BGBl. I S. 132), zul. geänd. durch Art. 3 des NWG vom 22. April 1993 (BGBl. I S. 466).

die Anlage zur Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhalts - Planzeichenverordnung (PlanZV 90) vom 18. Dezember 1990 (BGBl. I S. 58).

die Bauordnung (BO) für das Saarland vom 27. März 1996 (Amtsbl. des Saarl. 23/1996, S. 477), zul. geänd. durch Gesetz Nr. 1413 zur Änderung der Bauordnung für das Saarland vom 08. Juli 1998 (Amtsbl. des Saarlandes 1998, S. 721).

der § 12 des Kommunelebensverwaltungsgesetzes (KVG) i. d. Bek. der Neuf. vom 27. Juni 1997 auf Grund des Art. 6 des Gesetzes zur Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften vom 23. April 1997 (Amtsbl. S. 538).

das Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz - BNatSchG) i. d. F. vom 21. September 1998 (BGBl. I S. 1966).

das Gesetz über den Schutz der Natur und Pflege der Landschaft (Saarländisches Naturschutzgesetz - SNG) vom 19. März 1993 (Amtsbl. des Saarlandes 1993, S. 346), zul. ergb. durch Berichtigung vom 12. Mai 1993 (Amtsbl. des Saarlandes 1993, S. 482).

das Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (BundesImmissionsschutzgesetz - BImSchG) i. d. F. der Bek. vom 14. Mai 1990 (BGBl. I S. 880), zul. geänd. durch Art. 1 des Gesetzes vom 09. Oktober 1996 (BGBl. I S. 1498).

das Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushaltes (Wasserhaushaltsgesetz - WHG) i. d. F. der Bek. vom 12.11.1996 (BGBl. I S. 1695).

das Saarländische Wassergesetz (SWG) i. d. F. der Bek. der Neuf. vom 02. März 1998 (Amtsbl. des Saarlandes 1998, S. 306).

das Saarländische Nachbarrechtsgesetz vom 28. Februar 1973 (Amtsbl. S. 210), zul. geänd. durch Art. 11 des Gesetzes Nr. 1397 zur Neuordnung der saarländischen Vermessungs- und Katasterverwaltung vom 16. Oktober 1997 (Amtsbl. S. 1130).

VERFAHRENSVERMERKE

Der Gemeinderat der Gemeinde Spiesen - Elversberg hat am 27.06.1996 die Ausfertigung des Bebauungsplanes "In der Dreispitz" des Gemeindegebietes beschlossen (§ 2 Abs. 1 BauGB). Mit Beschluss vom 09.02.1999 wurde der Bebauungsplan ergänzt.

Die eingegangenen Anregungen wurden vom Gemeinderat am 05.02.1999 geprüft und in die Abwägung eingestellt.

Das Ergebnis wurde denjenigen, die Anregungen vorgebracht haben, mit Schreiben vom 09.02.1999 mitgeteilt (§ 3 Abs. 2 Satz 4 BauGB).

Der Gemeinderat hat am 05.02.1999 den Bebauungsplan "In der Dreispitz" als Satzung beschlossen (§ 10 BauGB). Der Bebauungsplan besteht aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Textteil (Teil B) sowie der Begründung.

Die Bekanntmachung der Planzeichnung und des Textteils wird hiermit bestätigt.

Der Bebauungsplan wird hiermit als Satzung aufgeführt.

Der Bebauungsplan wird hiermit als Satzung aufgeführt.

Der Bebauungsplan wird hiermit als Satzung aufgeführt.

Der Bebauungsplan wird hiermit als Satzung aufgeführt.

Der Bebauungsplan wird hiermit als Satzung aufgeführt.

Der Bebauungsplan wird hiermit als Satzung aufgeführt.

Der Bebauungsplan wird hiermit als Satzung aufgeführt.

Der Bebauungsplan wird hiermit als Satzung aufgeführt.

Der Bebauungsplan wird hiermit als Satzung aufgeführt.

Der Bebauungsplan wird hiermit als Satzung aufgeführt.

Der Bebauungsplan wird hiermit als Satzung aufgeführt.

Der Bebauungsplan wird hiermit als Satzung aufgeführt.

Der Bebauungsplan wird hiermit als Satzung aufgeführt.

Der Bebauungsplan wird hiermit als Satzung aufgeführt.

Der Bebauungsplan wird hiermit als Satzung aufgeführt.

Der Bebauungsplan wird hiermit als Satzung aufgeführt.

Der Bebauungsplan wird hiermit als Satzung aufgeführt.